Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Kinder in Panzern: So war der Tag der Bundeswehr in Neubrandenburg
2. Weg frei zum nächsten Präventivkrieg!
3. Warum die Militarisierung in EUropa so fatal ist
4. Pentagon halting some promised munitions for Ukraine
5. Israel limits entry of baby formula in Gaza as infants die of hunger
6. Trump macht weiter mit seinem neuen Krieg
7. Rock-Legenden Carlos Santana und Eric Clapton planen neues “Woodstock” für den Frieden
8. Ich habe da mal noch ein paar Fragen:
9. Grenzabschottung im Alleingang (II)
10. EU-Kommission schlägt per Verordnung energiewirtschaftlichen Selbstmord vor
11. Stromsteuer: Wie die Koalition sich bei der Stromsteuer verschätzte
12. Druck auf SPD: Spahn: “Kosten für das Bürgergeld laufen aus dem Ruder”
13. Arbeitsuchende, Arbeitslose, erwerbsfähige Leistungsberechtigte: Ländervergleich Juni 2025 (mit bremischen Städten)
14. Fast acht Prozent mehr Arbeitslose im Juni
15. Stuttgart 21: Termin für Eröffnung kann wohl wieder nicht gehalten werden
16. Tracking jetzt auch am Internetanschluss zu Hause

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Kinder in Panzern: So war der Tag der Bundeswehr in Neubrandenburg**
   Am Tag der Bundeswehr inszeniert sich die Armee als Abenteuerspielplatz für kleine und große Kinder. Unser Autor hat mitgebaggert und mitgeschossen. […]

Die Bundeswehr rüstet also auf – und braucht dafür Personal. 60.000 Soldaten zusätzlich brauche die Bundeswehr, so Pistorius. Um das durchzusetzen, hilft nicht nur Geld für Kriegsmaterial allein, sondern auch Werbung für das deutsche Militär. Der Tag der Bundeswehr ist dafür die beste Gelegenheit. An zehn Standorten im ganzen Land lädt die deutsche Armee in Kasernen ein, um Kriegsmaterial wie Panzer, Waffen und Flugzeuge zu präsentieren. Hier soll die Bundeswehr erfahrbar gemacht werden: erlebnisorientiert und kinderfreundlich.
Quelle: Berliner Zeitung

dazu: **Offener Brief an 99 Prozent der deutschen Journalisten**
Das Thema seid Ihr! Und damit meine ich Euch, die Ihr in den Redaktionsstuben der großen und reichweitenstarken Medien sitzt, und ich meine auch und im Besonderen Euch, die Ihr Euer Geld bei den öffentlich-rechtlichen Medien verdient. Zum Beispiel beim Morgenmagazin „moma“, wo Ihr kürzlich einen Bericht aus Ingolstadt gesendet habt, in dem Ihr den Krieg angebetet und Jugendliche instrumentalisiert und manipuliert habt. Panzer und sonstiges militärisches Gerät habt Ihr aufgestellt, als hättet Ihr ein buntes Bällebad besucht. Zusammen mit dem Bürgermeister von Ingolstadt und einem Unternehmer, der kürzlich stolz auf Kriegswirtschaft umgestellt hat, habt Ihr die Jugendlichen darauf vorbereitet, dass sie früher oder später mit der Waffe in den Krieg ziehen dürfen, können, sollen, müssen, werden.
Quelle: neulandrebellen

dazu auch: **Kalter Krieg entsteht im Kopf**
Deutschland investiert Milliarden ins Militär. Die Debatte um Wehrpflicht, Dienstpflicht und Kriegstüchtigkeit verändert das Land.
Es beginnt mit Worten. Wehrpflicht. Kriegsbereitschaft. Aufrüstung. Was lange klang wie eine Rückblende ins vergangene Jahrhundert, ist heute wieder politische Realität.
[…]
So droht eine Spaltung: Hier die „wehrbereiten“ Bürger, dort die angeblich „unbelehrbaren“. Doch Sicherheit ist kein Moralkriterium. Sie ist eine politische Gestaltungsaufgabe. Wer das übersieht, riskiert nicht nur gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern das Vertrauen in den Staat. Eine Gesellschaft, die sich auf Verteidigungsfähigkeit trimmt, verändert sich auch im Inneren. Wer Sicherheit primär militärisch definiert, denkt Kontrolle vor Freiheit, Disziplin vor Debatte, Pflicht vor Pluralität. Die politische Kultur verschiebt sich – weg vom Aushandeln, hin zum Durchregieren. Das zeigt sich nicht nur in der Tonlage von Ministerreden, sondern auch im gesellschaftlichen Klima: Wer Zweifel äußert, steht schnell unter Rechtfertigungsdruck.

Quelle: Rheinpfalz

und: **Wüst lobt neue Kampfjet-Fabrik von Rheinmetall**
Ministerpräsident Wüst hat das neue Kampfjet-Werk in Weeze am Niederrhein besucht. Auch der grüne Koalitionspartner steht hinter Rüstungsprojekten made in NRW wie der Fabrik von Rheinmetall.
Quelle: WDR

2. **Weg frei zum nächsten Präventivkrieg!**
   Noch ist der Krieg in der Ukraine nicht zu Ende, wird publizistisch bereits der nächste vorbereitet: Die Förderung von Nationalismus in mehrsprachigen Ländern und die Zerstörung ihrer nationalen Identität stehen am Beginn. Wenn dann die Angst groß genug ist vor einem Land, das man nicht kennt, weil man dort nicht mehr hinreisen kann, ist ein Präventivkrieg durchaus zu rechtfertigen. Ein erster Schritt ist jener nach Belarus.
   Quelle: Globalbridge
3. **Warum die Militarisierung in EUropa so fatal ist**
   Vom Friedensprojekt zum Sicherheitsprojekt: So beschreibt die niederländische Zeitung „de Volkskrant“ die wundersame Verwandlung der EU. Klingt gut – wer könnte schon gegen mehr Sicherheit in EUropa sein?
   Das Problem ist nur, dass der Frieden verloren ist – und die “Sicherheit” durch eine massive Militarisierung erkauft wird. Das neue Fünf-Prozent-Ziel der Nato liegt weit über dem, was die Alliierten im Kalten Krieg ausgegeben haben.
   Doch anders als damals wird die Aufrüstung nicht durch Entspannungs-Politik abgefedert. Es gibt keinen “Harmel-Bericht”, der eine Doppelstrategie (“rüsten und reden”) begründen würde, und keine “gemeinsame Sicherheit”.
   Im Gegenteil: Die neue “Sicherheitspolitik” wird GEGEN Russland und OHNE Diplomatie eingeleitet.
   Quelle: Lost in Europe
4. **Pentagon halting some promised munitions for Ukraine**
   The decision was driven by the Pentagon’s policy chief, Elbridge Colby, and was made after a review of Pentagon munitions stockpiles.
   The Pentagon has halted shipments of some air defense missiles and other precision munitions to Ukraine due to worries that U.S. weapons stockpiles have fallen too low.
   Quelle: Politico
5. **Israel limits entry of baby formula in Gaza as infants die of hunger**
   While waiting to enter Gaza on a medical aid mission, an American doctor watched Israeli security forces confiscate the cans of powdered baby formula packed in his

luggage. The vital product is desperately lacking in the Palestinian enclave, where about 50 children have died of hunger since March.
Quelle: Le Monde

dazu: **Gehört das gezielte Aushungern von Säuglingen zur Drecksarbeit?**
So ein Mist, dass das ausnahmsweise nicht der Putin war. Das gäbe wenigstens eine Sondersendung. So müssen wir in Deutschland lieber über die Oberweite der Ehefrau eines Milliardärs berichten, der in Venedig heiratet, und Waffen an Israel liefern!
Hochachtungsvoll – Ihre Staatsräson
Quelle: Fabio De Masi via Twitter/X

dazu auch: **Humanitäre Katastrophe im Gazastreifen: „Es geht hier nicht um Konkurrenz“**
In einem offenen Brief fordert unter anderem die Hilfsorganisation Medico International die Schließung der Gaza Humanitarian Foundation. Warum?
Eine Reihe von Nichtregierungsorganisationen, die in Gaza tätig sind, erheben in einem offenen Brief schwere Vorwürfe gegen die von Israel unterstützte Hilfsstiftung Gaza Humanitarian Foundation (GHF) und fordern die Schließung derer Verteilstellen. Wer sich an deren Operationen beteilige, riskiere, gegen das internationale Recht zu verstoßen, so die NGOs. An der Forderung gab es auch Kritik. Die taz hat mit Riad Othman, Nahostreferent der unterzeichnenden NGO Medico International, gesprochen.
Quelle: taz

6. **Trump macht weiter mit seinem neuen Krieg**
   Trump und sein Botschafter in Israel, David Friedman, billigten die Unterdrückung der Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen und stimmten zudem illegal der Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem zu. Trump erlaubte Israel zudem die Annexion eines Teils der syrischen Golanhöhen und ordnete die Ermordung von Qassim Soleimani an, dem Kommandeur der iranischen Revolutionsgarde, der von Israel als Hauptfeind angesehen wurde. Er tötete den Mann, als er sich zu Friedensgesprächen in Bagdad im Irak aufhielt. Trump, wie auch sein Nachfolger Joe Biden, sagte nie „Nein“ zu Premierminister Benjamin Netanjahu.
   Quelle: Antikrieg
7. **Rock-Legenden Carlos Santana und Eric Clapton planen neues “Woodstock” für den Frieden**
   Als Rock-Gitarristen haben sie Musikgeschichte geschrieben: Jetzt planen Eric Clapton und Carlos Santana ein weltweites Musik-Event für den Frieden. Man wolle ein Festival nach dem Vorbild von Woodstock organisieren, sagte Santana in einem

Interview mit der spanischen Zeitung „La Vanguardia“. Es solle in San Francisco starten und in New York und London weitergehen. Der Latin Rock-Musiker macht sich Sorgen um den Zustand der Welt. Die brauche „positive Schwingungen“, es gebe „zu viel Negatives, zu viel Angst und wütende Menschen“. Die Idee, gemeinsam mit dem 80-jährigen Clapton ein „neues Woodstock“ zu organisieren, hatte Santana schon gegenüber der „’Hamburger Morgenpost“ verkündet. Wie ausgereift die Pläne sind, ist bisher nicht bekannt. Carlos Santana (“Samba pa ti“, „Oye cómo va“) und seine Band hatten mit ihrem Auftritt beim Woodstock-Festival 1969 den Durchbruch geschafft.
Quelle: Deutschlandfunk Kultur

8. **Ich habe da mal noch ein paar Fragen:**
   Uns erreicht eine anonyme Zuschrift mit sehr interessanten Fragen, die wir gerne weitergeben. Der betreffende Zeitgenosse sorgt sich mit Recht um die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik und möchte diese unbedingt erhalten wissen. In seiner ersten Zuschrift, die wir im März publizierten, brachte er seine berechtigten Fragen und Sorgen zum herrschenden Narrativ über den Beginn des Ukrainekriegs zum Ausdruck.
   Quelle: Seniora.org

   dazu auch: **Neoliberales Evangelium, inhaltsleere Reformpolitik, Rechtspopulismus: das Elend unserer Zeit**
   Kann die ideologische Landschaft des Westens bildlich dargestellt werden? Die Aufregung bezüglich bestimmter „kultureller“ oder „zivilisatorischer“ Kriege, die schrecklichen Warnungen vor hinterhältigen und gefährlichen Intrigen, die von realen oder fiktiven Feinden ausgeheckt werden, die qualvollen Aufrufe zur Verteidigung der eigenen unantastbaren „Werte“, können uns nicht gleichgültig lassen. Während weltweit das Geräusch von marschierenden Stiefeln zu hören ist, die Wirtschaft ins Stocken gerät, sich die Lebensbedingungen verschlechtern und sich vor den Augen der ganzen Welt in Palästina das Massaker an einem Volk vollzieht, wird der geistige Raum praktisch von Konstruktionen an sich gerissen, die als Erklärungen der Realität dienen. Die Kategorien sind für jeden vorgegeben, die Etiketten sind vorgefertigt, die Parolen gut vorbereitet. Wir sollen alles verstehen, indem wir uns hinter die Guten stellen und unser Verhalten entsprechend regulieren. Die übernommenen Positionen sind vorhersehbar, klischeehaft und vorgeschrieben. Wir drehen uns im Kreis, während Emotionen, Affekte und Verurteilungen jegliches Nachdenken vertreiben.
   Quelle: pressenza

9. **Grenzabschottung im Alleingang (II)**
   Polen reagiert auf die von Berlin einseitig eingeführten Kontrollen an den deutschen

Außengrenzen und nimmt seinerseits Kontrollen an der deutsch-polnischen Grenze auf. Das gab Ministerpräsident Donald Tusk am gestrigen Dienstag bekannt. Wie Tusk mitteilte, habe er mit Bundeskanzler Friedrich Merz „mehrfach“ über die in Polen scharf kritisierte Maßnahme gesprochen und „die deutsche Seite“ im März, also schon vor ihrer Einführung, vor den Konsequenzen gewarnt. Vergeblich: Die Bundesregierung hält beinhart an den Kontrollen und vor allem auch an der illegalen Zurückweisung von Asylsuchenden fest. Letztere hat das Berliner Verwaltungsgericht Anfang Juni in einem exemplarisch durchgeführten Verfahren für rechtswidrig erklärt. Merz sowie Innenminister Alexander Dobrindt äußerten dazu, sie hielten auch entgegen dem Urteil an der Praxis fest. Die Kontrollen, die im Alltag des gesamten Grenzgebiets schwere Belastungen hervorrufen und den Mythos des im Inneren „grenzfreien“ Europas ernsthaft schädigen, rufen auch in weiteren Ländern großen Unmut hervor – so zum Beispiel in Luxemburg, dessen Ministerpräsident Luc Frieden am Dienstag in Berlin vorsprach.
Quelle: German Foreign Policy

10. **EU-Kommission schlägt per Verordnung energiewirtschaftlichen Selbstmord vor**
Per Verordnungsentwurf hat die EU-Kommission am 17. Juni, sieben Wochen nach dem Blackout in Spanien und Portugal, einen Fahrplan für den vollständigen Ausstieg aus russischer Energie vorgestellt. Er schreibt Einstellung aller Importe von russischem Gas und Öl bis Ende 2027 vor. Die EU-Länder sollen der Kommission bis März 2026 nationale Diversifizierungspläne zur Erreichung dieses Ziels vorlegen müssen. Parallel dazu soll die Energiewende weiter vorangetrieben werden.
Quelle: Norbert Häring

Anmerkung Christian Reimann: *Es ist schon ziemlich verrückt, einerseits viel mehr Geld als wirklich notwendig für Energie bezahlen und andererseits auf fragwürdige und riskante Weise mit einer “Energiewende” das Weltklima retten zu wollen. Vermutlich dürften auch hierbei Vermögende aus den USA zu den Gewinnern zählen. Zur angeblichen Rettung des Klimas hatte die deutsche EU-Kommissionspräsidentin, Frau von der Leyen, mit dem größten WHO-Privatspender Bill Gates eine Partnerschaft zwischen dem Green Deal der EU und Breakthrough Energy, eine Investmentfirma, an der der sog. Philanthrop beteiligt ist, verkündet. In einem kurzen Video waren beide gemeinsam aufgetreten und hatten das Public Private Partnership-Projekt gelobt.*

dazu: **Schädliches LNG-Gas: Experten schlagen Alarm wegen Energieversorgung**

LNG besteht größtenteils aus Methan – einem Treibhausgas, das in den ersten 20 Jahren nach seiner Freisetzung etwa 80-mal so klimaschädlich wirkt wie CO_2. Der Energiebedarf für die Verflüssigung ist enorm: Das Gas muss auf minus 162 Grad Celsius heruntergekühlt werden, bevor es per Tankschiff oft tausende Kilometer weit transportiert wird. „LNG, das aus den USA kommt, ist zu 100 Prozent aus Fracking gewonnen“, so Howarth. „Es ist ein sehr energieaufwändiger Prozess, bei dem auch noch eine Menge Methan entweicht.“
Auch die Rückumwandlung in Erdgas benötigt Energie. So summieren sich die Emissionen entlang der Lieferkette. Laut dem amerikanischen Professor übertrifft der Treibhausgas-Fußabdruck von LNG sogar den von Kohle – dem bisher schmutzigsten fossilen Brennstoff.
Quelle: FR Online

Anmerkung unseres Lesers P.R.: *Jetzt stellt sich heraus, dass mit dem Verzicht auf russisches Erdgas, gerade dann, wenn neben den Sanktionen vorgegeben wird, dass damit auch ökologische Vorteile verbunden wären, genau das Gegenteil bewirkt wird. Von den Kosten ganz zu schweigen!*

dazu auch: **Bundesregierung reißt EU-Frist**
Bis zum 30. Juni hätte die Bundesregierung einen Plan für das Geld aus dem EU-Klimasozialfonds vorlegen müssen, diese Frist hat sie gerissen. Der Klimasozialfonds wird mit Einnahmen aus dem europäischen CO2-Handel gefüllt und soll dazu dienen, die Folgen der CO2-Bepreisung von Heizgas und -öl sowie Benzin und Diesel abzufedern.
Ab 2027 wird deren Preis vielleicht merklich steigen, weil die CO2-Bepreisung dann nicht mehr von der Bundesregierung festgelegt wird, sondern in einem europäischen Markt gebildet wird, dem sogenannten ETS2.
Quelle: taz

11. **Stromsteuer: Wie die Koalition sich bei der Stromsteuer verschätzte**
Die Spitzen von Schwarz-Rot wollen nach ihrem Wortbruch die Wogen glätten. Was hat sich die Regierung bloß gedacht – und kommen die versprochenen Entlastungen nun doch? […]
Kurios ist an dem Streit außerdem, dass die Stromsteuer für die Koalition gar kein kontroverses Thema war, es gibt weitaus heiklere. Schon während des Wahlkampfes waren sich beim Strom beide Parteien so einig gewesen wie damals selten: “Der Strom muss für alle günstiger werden”, hieß es schon im “Sofortprogramm für Wohlstand und Sicherheit” der CDU – und auch die SPD hatte in ihrem Wahlprogramm gefordert: Die Stromsteuer muss sinken. Entsprechend zügig schrieben die Parteien das

Vorhaben erst ins Sondierungspapier, dann in den Koalitionsvertrag.
Und dennoch beging die junge Koalition einen Wortbruch, dessen Folgen sie zuerst offenbar völlig unterschätzte.
Quelle: Zeit Online

12. **Druck auf SPD: Spahn: "Kosten für das Bürgergeld laufen aus dem Ruder"**
Vor dem Koalitionsausschuss machen die Unionsgrößen Druck auf die Koalitionspartnerin SPD. Den Konservativen sind die Sozialkosten zu hoch.
Am Mittwoch treffen sich CDU, CSU und SPD erstmals seit Vereidigung der Regierung des neuen Bundeskanzlers Friedrich Merz (CDU) zum Koalitionsausschuss. Dort könnte es direkt heiß hergehen – denn die Unionsgrößen nehmen die Sozialausgaben ins Visier und fordern von den Sozialdemokraten, die Ausgaben dafür zu senken.
Quelle: t-online

Anmerkung André Tautenhahn: *Müsste angesichts des Milliardenschadens, den Spahn mit seinen Maskendeals angerichtet hat, nicht umgekehrt die SPD Druck auf die Union ausüben? Sie könnte mit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses drohen.*

13. **Arbeitsuchende, Arbeitslose, erwerbsfähige Leistungsberechtigte: Ländervergleich Juni 2025 (mit bremischen Städten)**
4,623 Millionen Arbeitsuchende – darunter: 2,914 Millionen registrierte Arbeitslose, der höchste Juni-Bestand seit 15 Jahren (Juni 2010: 3,149 Millionen Arbeitslose). 1,062 Millionen der registrierten Arbeitslosen waren bei den Agenturen für Arbeit und 1,852 Millionen bei den Jobcentern registriert.
188.000 (6,9 Prozent) mehr registrierte Arbeitslose als im Juni 2024 – 125.000 mehr bei den Agenturen für Arbeit und 63.000 mehr bei den Jobcentern – bei 76.000 weniger (!) erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB). (siehe Tabellen 1, 2 und 3 und zu den ELB unten und Tabelle 6). (1) 112.000 (7,5 Prozent) mehr arbeitslose Männer, 76.000 (6,2 Prozent) mehr arbeitslose Frauen als im Juni 2024.
Quelle: BIAJ
14. **Fast acht Prozent mehr Arbeitslose im Juni**
Die Zahl der Arbeitslosen steigt weiter. Ende Juni waren 364.419 Personen beim Arbeitsmarktservice (AMS) arbeitslos gemeldet oder in Schulung, 7,8 Prozent mehr als im Juni vor einem Jahr. Die Arbeitslosenrate erhöhte sich um 0,5 Prozentpunkte auf 6,8 Prozent.
Online seit heute, 11.08 Uhr (Update: 13.24 Uhr)
288.545 Personen waren arbeitslos und 75.874 in Schulungsmaßnahmen des AMS. Die höchste Zunahme verzeichnete Oberösterreich (plus 13,2 Prozent), gefolgt von

Salzburg (plus 12,8 Prozent), Vorarlberg (plus 10,5 Prozent), Tirol (plus 10,1 Prozent) und Steiermark (plus 8,0 Prozent). Etwas niedriger fiel das Plus in Niederösterreich (plus 6,7 Prozent), Wien (plus 6,2 Prozent), Burgenland (plus 5,7 Prozent) und Kärnten (plus 4,9 Prozent) aus.
Quelle: ORF

15. **Stuttgart 21: Termin für Eröffnung kann wohl wieder nicht gehalten werden**
Eigentlich sollte der Tiefbahnhof von S21 im Dezember 2026 vollständig in Betrieb gehen. SWR-Recherchen zeigen: Der Termin wackelt wieder. Wahrscheinlich ist nun eine Teileröffnung.
Quelle: SWR
16. **Tracking jetzt auch am Internetanschluss zu Hause**
Aus vielen Tracking-Firmen sticht eine heraus: Utiq. Das Unternehmen arbeitet mit Internetzugangsanbietern zusammen. Damit kann Utiq Internetanschlüsse auf eine besondere Art verfolgen. Anfangs war die Technologie auf Mobilfunk beschränkt, doch mittlerweile trackt Utiq auch Festnetzanschlüsse.
Quelle: netzpolitik.org